**Petition: Rücknahme des Stolperstein-Verbots in Heidenau**

An:
Frau Bürgermeisterin Conny Oertel, Stadt Heidenau

Anlage 103/2026-2

An:
Sächsischer Landtag, Petitionsausschuss, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Heerlen, 28. September 2026.

Sehr geehrte Frau Oertel,
sehr geehrte Mitglieder des Sächsischen Landtags,

am 24. September 2026 hat der Stadtrat von Heidenau auf einen gemeinsamen Antrag von CDU, AfD und BOD beschlossen, keine neuen Stolpersteine mehr im öffentlichen Straßenraum zuzulassen. Stattdessen soll eine zentrale Gedenkfläche auf dem Friedhof entstehen.

Ich, der Unterzeichnende, halten diesen Beschluss für ein falsches und gefährliches Signal, und wir bitten Sie, alle rechtlichen und politischen Mittel zu prüfen, ihn rückgängig zu machen.

**Begründung**

1. **Stolpersteine gehören dorthin, wo die Menschen lebten.** Das Konzept beruht darauf, dass die Erinnerung am letzten selbst gewählten Wohnort sichtbar wird. Ein Friedhof ist ein Ort des Trauerns, er ersetzt nicht das Sichtbarmachen der Vertreibung aus dem Alltag der Nachbarschaft. Wer die Erinnerung vom Gehweg auf den Friedhof verlegt, macht die Opfer ein zweites Mal unsichtbar. So formulierte es auch Ihre Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU).
2. **Das Argument der „Herabwürdigung" trägt nicht.** Die Stolpersteine sind ein gewolltes Zeichen des Innehaltens und Sich-Verneigens. Sie sind zudem Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses, der über 30 Jahre in mehr als 30 europäischen Ländern gewachsen ist. Auch bei uns in den Niederlanden. Angehörige, Initiativen und Schulen tragen das Projekt seit Jahren mit.
3. **Ein Beschluss mit AfD-Stimmen überschreitet eine Grenze.** Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus darf nicht mit Stimmen einer Partei verringert werden, die diese Erinnerungskultur seit Langem bekämpft. Dass Mitglieder der CDU, einer Partei mit christlichem Anspruch, diesen Antrag mittragen, ist für viele Ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar. Auch für mich nicht. Der Internationale Auschwitz-Komitee-Vizepräsident Christoph Heubner nannte den Beschluss einen „schäbigen Versuch".
4. **Heidenau trägt besondere Verantwortung.** Die Stadt wurde 2015 durch rechtsextreme Ausschreitungen bundesweit bekannt. Gerade hier ist ein klares Bekenntnis zur Erinnerung nötig, kein Rückzug.
5. **Es gibt keinen Kompromiss.** Die Stadtverwaltung hat vorgeschlagen, Standorte im Einzelfall abzuwägen. Jedoch gibt es in einer Angelegenheit wie diese meines Erachtens keine Kompromisse.

**Meine Bitten**

An die Bürgermeisterin und Stadtverwaltung:

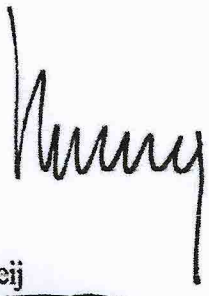
- den Beschluss auf seine Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen und die Möglichkeit eines Widerspruchs nach der Sächsischen Gemeindeordnung zu klären;
- den Stadtrat um eine erneute Beratung zu bitten;
- den Dialog mit dem Alternativen Kultur- und Bildungszentrum, der Stolperstein-Stiftung und der jüdischen Gemeinschaft aufzunehmen.

An den Sächsischen Landtag und die Staatsregierung:

- die Kommunalaufsicht um eine rechtliche Prüfung des Beschlusses zu bitten;
- gemeinsam mit den demokratischen Fraktionen ein klares Zeichen für die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum zu setzen;
- zu prüfen, wie Kommunen beim Umgang mit Erinnerungsorten landesweit unterstützt werden können.

Wir bitten um eine schriftliche Antwort.

Mit freundlichen Grüßen,



Volmar Delheij
[redacted]
6419 BD Heerlen
Niederlande